Ressort: Politik

Union streitet weiter über Notwendigkeit eines Islamgesetzes

Berlin, 15.07.2017, 10:42 Uhr

GDN - Die Union streitet weiter über die Notwendigkeit eines Islamgesetzes. Die Ideen, die hinter der Forderung nach einem Islamgesetz stünden, seien richtig, sagte der Vorsitzende der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung (MIT) der CDU/CSU, Carsten Linnemann (CDU), dem "Spiegel".

Im Wahlkampf sollten sie auch angesprochen werden. "Wir brauchen in Deutschland ausgebildete Imame und eine Übersicht über die Aktivitäten der Moscheen in Deutschland", sagte Linnemann. Er widersprach damit dem nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten Armin Laschet (CDU). Der hatte dem Nachrichtenmagazin gesagt, mit Debatten über Islamgesetze verschrecke die Union bürgerliche, christlich engagierte Menschen. Unterstützung erhielt Laschet vom thüringischen Fraktionschef Mike Mohring. "Wir haben ein ausgezeichnetes Programm, mit dem wir in die Wahlauseinandersetzung ziehen können", sagte Mohring. "Themen wie ein Islamgesetz brauchen wir dafür zuvörderst nicht."

Bericht online:
https://www.germandailynews.com/bericht-92079/union-streitet-weiter-ueber-notwendigkeit-eines-islamgesetzes.html

Redaktion und Veranwortlichkeit:
V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:
Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:
United Press Association, Inc.
3651 Lindell Road, Suite D168
Las Vegas, NV 89103, USA
(702) 943.0321 Local
(702) 943.0233 Facsimile
info@unitedpressassociation.org
info@gna24.com
www.gna24.com